

Zitate aus Peter Hahne: "Nicht unsere Kosten! – Aufstand gegen Lug und Trug der Eliten"

Steuerlast und Bürokratenwillkür vertreiben die Elite aus dem Land. Die Ausreisewelle hat inzwischen historische Dimensionen: Allein im Jahr 2016 verließen 281.000 Deutsche das Land, die höchste Zahl seit Gründung des Statistischen Bundesamtes. Man spricht bereits vom »Exodus der Klugen«.

Nach OECD-Angaben verliert kein Land so viele Akademiker wie Deutschland. Laut *stern* haben 2016 rund 4.000 Millionäre Deutschland verlassen, während es 2015 noch 1.000 waren. Unternehmer, die für Jobs sorgen. Die Strompreise zu hoch, der Sozialstaat zu großzügig, das Alter nicht gesichert, marode Infrastruktur. Woher sollen Arbeitsplätze für Kinder und Enkel kommen bei der »dümmsten Energiepolitik der Welt« (*Wall Street Journal*)?

Das Fachblatt *Wirtschaftswoche* klagt: »Wir verlieren ausgerechnet die Guten, Leistungswilligen, Selbstbewussten, Risikobereiten. Diese Talente fehlen der Wissenschaft als Ideenlieferanten, sie fehlen den Unternehmen als Fachkräfte, sie fehlen dem Staat als Steuerzahler, dem Standort als Gründer. Und sie fehlen der Gesellschaft als Vorbilder.«

Damit unser Land nicht weiter ausblutet, brauchen wir Politiker, die »bei Trost« sind und die Ausreisewelle als Ansporn betrachten, eklatante Fehlentscheidungen schleunigst zu korrigieren. Unternehmer, keine Unterlasser. Hoffnungsträger, keine Bedenkenträger. Mutmacher statt Miesmacher. (Seite 51-52)

Die Sprache der Politiker, auch Kauderwelsch genannt, ist eine Mischung aus Neusprech und Gutdenk, aus Worthülsen und Sprachkosmetik, aus Sprechblasen und Fachchinesisch, aus Versatzstücken und Polit-Phrasen, aus Allgemeinplätzen und Fremdwörtern. Jedenfalls ist es nicht die Sprache der normalen Leute und nicht der Klartext, den Luther gesprochen und gefordert hat: dem Volk aufs Maul schauen, ohne ihm nach dem Munde zu reden.

Dabei ist ganz nebenbei Kauderwelsch auch eine Art Herrschaftsinstrument. Hier wird bewusste Unverständlichkeit geradezu zum Ritual erhoben und dient dazu, vor dem Bürger die wahren Ab- und Ansichten zu verschleiern. (Seite 93)

So viel kleinkarierten Bürokraten-Terror wie beim Ordnungsamt erlebt man selten in einem Staat, der weder in der Lage ist, seine Grenzen zu sichern noch seine Bürger zu schützen. Wobei ich betone: Die meist uniformierten Mitarbeiter tun das, was ihnen in fernen Galaxien lebende Politiker zu tun anordnen – insofern stimmt der Name Ordnungsamt in doppelter Hinsicht.

Mir tun diese Leute oft leid, die ähnlich wie Polizisten diesen behördlichen Schwachsinn umsetzen müssen. (Seite 100)

Schreiben ist ihr Ding nicht. Einen Deutschttest hätte die Dame wohl nie bestanden, die sich Bildungssenatorin von Berlin nennt. Die Briefe, die Sandra Scheeres an Eltern oder Schulen schickte, strotzten nur so von Fehlern und waren so verquast abgefasst, dass sie Gegenstand ständiger Satire wurden. Beispiel:

»Der Entwicklungsstand und die Entwicklungsfortschritte werden mit Ihnen besprochen und bei Unterstützungsbedarf individuelle Fördermaßnahmen für Ihr Kind abgeleitet. Mit dem Erhebungsbogen Quasta auf der Grundlage des Sprachlerntagebuches wird im Sinne des Gesetzes zu dem vorgegebenen Zeitpunkt der Sprachstand für Kinder ab einem Alter von vier Jahren festgestellt.« Selbst »Bildungsbürger« waren mit diesem an Migranten gerichteten Brief überfordert, der höchstens für ein Quiz erhalten könnte: »Suchen Sie den grammatikalischen Fehler und erklären Sie den Inhalt.« (Seite 110-111)

Dass viele Bürger vom Politikbetrieb die Nase voll haben, das haben sich die Politiker selbst zuzuschreiben. Dazu bedarf es der ach so bösen Medien gar nicht. Der Alltag bietet genug Anschauungsmaterial, um die Verdrossenheit der Wähler zu verstehen. Dazu kommt nun noch das Internet, das die Gnadenlosigkeit im Umgang zwischen den Partei-»Freunden« geradezu potenziert. Es gibt eben keine allgemeine Politikverdrossenheit, wie man es gerne schön- und kleinredet. Das Entsetzen richtet sich gegen die Politiker als Personen. (Seite 115)

Die meisten Deutschen sind der Auffassung, nicht mehr offen reden zu können. Bestimmte Fakten und Ansichten unterdrücke man lieber, um nicht in die rechtsextreme Ecke gestellt zu werden. Mehr als die Hälfte der Jugendlichen denkt das. Lediglich 18 Prozent der Befragten sagten, sie könnten frei und ohne Einschränkung ihre Meinung äußern. 18 Prozent! Und 35 Prozent ziehen sogar den Schluss, dass freie Meinungsäußerung nur noch im privatesten Kreis möglich sei. Eine schallende Ohrfeige für die Nation des Grundgesetzes! Eine Katastrophe für die Demokratie! Nebenbei: Zwei Drittel der Deutschen finden es laut Allensbach völlig übertrieben, dass Begriffe wie Ausländer mit umständlicher Wortakrobatik in »Menschen mit Migrationshintergrund« kosmetisch frisiert werde. (Seite 121)

Ich denke an Helmut Schmidt. Der frühere Kanzler und Meister klarer Worte hatte bereits in den 1990er Jahren davor gewarnt, »nicht Integrierbares integrieren zu wollen«. Der Islam passe nicht zur europäischen Kultur und werde sich niemals anpassen. Im FOCUS erklärte Schmidt 2005: »Wir müssen eine weitere Zuwanderung aus fremden Kulturen unterbinden.« Die Zuwanderung aus Schwarzafrika oder Ostanatolien bringe unlösbare Probleme. »Diejenigen, die sich nicht integrieren wollen, hätte man lieber draußen gelassen.« Helmut Schmidt! Star der SPD! 2005! Hätten Kohl oder Strauß das gesagt, es wäre nicht nur die Sprach- und Meinungspolizei auf den Beinen gewesen. (Seite 123)

Es braucht mehr Personal und den politischen Willen, Strafverfahren zu beschleunigen. Doch unsere Politik beschäftigt sich lieber damit, die Straßenverkehrsordnung gendergerecht umzuschreiben. Perfide Prioritäten! Fußgänger werden zu »zu Fuß Gehende«, Radfahrer zu »Rad fahrenden«, während Täter fröhlich aus dem Gericht spazieren, weil das Personal in der Justiz fehlt. Absurdistan! »Aus Not« werden immer mehr Fälle eingestellt oder Taten bagatellisiert. Fahrrad- und Ladendiebstahl pervertieren zu Kavaliersdelikten, selbst Verfahren wegen Körperverletzung werden oft wegen »Geringfügigkeit« eingestellt.

Der interessanterweise geheim gehaltene Bericht »Kriminalität im Kontext von Zuwanderung 2016« (aus dem die *BamS* zitierte) bestätigt Stimmung und Erfahrung der Bürger: 76.500 Diebstahlsdelikte gehen auf das Konto von Migranten, 54.600 Körperverletzungen, 3.600 Fälle gegen die »sexuelle Selbstbestimmung« und 432 Fälle von Mord und Totschlag. Und der Gipfel des Eisbergs: Wird ein Asylantrag abgelehnt, kann man bekanntlich in Deutschland Rechtsmittel einlegen. Eine Viertelmillion, unfassbare 250.000 Gerichtsverfahren waren Mitte 2017 anhängig. Der Richterbundpräsident resigniert: 230.000 müssten ausreisen, doch man schaffe es nicht, dass diese Menschen auch das Land verlassen. Eine Bankrotterklärung für unsere Sicherheit und für das Vertrauen in den Staat! (Seite 239-240)